

Region sichert Preisniveau

Deutschlandticket soll attraktiv bleiben

REGION. Regionspräsident Stefan Krach ist überzeugt vom Modell des Deutschlandtickets: „Von Beginn an war das Deutschlandticket ein großer Erfolg. Die Region Hannover zeigt das nach den Ergebnissen einer Marktforschungsstudie beispielhaft: In der Region hat jede fünfte Person ab 14 Jahren ein Deutschland-Ticket. Das ist herausragend. Nach diesen Zahlen kann niemand mehr leugnen, dass ein bezahlbarer ÖPNV gut ankommt und genutzt wird.“ Gleichzeitig fordert Krach: „Daraus müssen endlich politische Schlüsse gezogen werden. Während in Österreich das Klimaticket auf Jahre abgesichert ist, sind es bei uns nur wenige Monate. Das kann und darf nicht wirklich die Antwort der Bundesregierung auf die Verkehrswende sein. Der Bund muss sich jetzt ehrlich machen: Es geht nicht um die Finanzierung, es geht um den Willen.“

Zuletzt hatten die Ministerpräsidenten und der Bundeskanzler die Fortführung des Deutschlandtickets bis Ende April 2024 beschlossen. Zur Finanzierung haben sich Bund und Länder verpflichtet, sich jeweils zur Hälfte an den Kosten zu beteiligen. Die Region Hannover rechnet derzeit mit Kosten von rund 46 Millionen Euro, die als Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen zu leisten sind.

Die Verkaufsstatistik des GVH zeigt zudem, dass von den über den GVH verkauften Deutschlandtickets das in der Region Hannover einzigartige, vergünstigte Deutschlandticket Hannover Job einen Anteil von rund 58 Prozent ausmacht. 16 Prozent entfallen auf das vergünstigte Deutschlandticket in Form des Sozialtickets, ein Großteil beider Gruppen sogar als 365-Euro-Ticket. Von der Semesterticket-Variante profitieren 7 Prozent. Darüber hinaus nutzen in absoluten Zahlen derzeit rund 24.600 Personen die Jugendnetzkarte und 27.700 Personen die Seniorennetzkarte. Und: 13 Prozent der Fahrten mit dem Deutschlandticket wären ohne das Angebot mit einem anderen Verkehrsmittel durchgeführt worden. Mehr als jeder dritte Fahrgast war vorher mit dem ÖPNV unterwegs, allerdings mit Einzelfahrscheinen. Verkehrsdezernent Ulf-Birger Franz unterstreicht daher die Bedeutung des Deutschlandtickets: „Wir haben im Aktionsplan Verkehrswende das Ziel definiert, den Menschen eine attraktive Alternative zum Auto zu bieten. Dazu gehören auch einfache und attraktive Tarife. Das Deutschland-Ticket ist dafür ein wichtiger Baustein. Bund und Länder sind jetzt gefordert, dieses Angebot langfristig zu sichern und nicht nur für wenige Monate.“

Verspätete Unfallmeldung

LEHRTE. Am Mittwoch, 27. Dezember, gegen 13.45 Uhr fuhr ein 57-jähriger Mercedes-Fahrer auf ein verkehrsbedingt stehenden Mercedes mit einem 74-jährigen Fahrer. Es entstand leichter Sachschaden an beiden Fahrzeugen. Der Unfallverursacher setzte seine Fahrt in Richtung Hermann-Löns-Straße fort, während der Geschädigte auf der Grünstraße wartete. Zwei Stunden nach dem Verkehrsunfall kam der Unfallverursacher eigenständig zum hie-

sigen Commissariat und räumte die Unfallbeteiligung ein. Da die Beamten bei ihm Alkoholgehalt bemerkten, wurde ein entsprechender Atemtest durchgeführt. Dieser ergab einen Wert von 1,38 Promille. Dem Beschuldigten wurde daher eine Blutprobe entnommen und sein Führerschein beschlagnahmt. Es wurde ein Strafverfahren wegen Straßenverkehrsgefährdung und unerlaubtem Entfernen vom Unfallort eingeleitet.

Randalierer an der Gartenstraße

LEHRTE. In der Silvesternacht randalierten fünf dunkel gekleidete Jugendliche auf dem Betriebsgelände des Vereins Tafel an der Gartenstraße. Nach Angaben von Zeugen verschossen sie Feuerwerkskörper aus Metallrohren, und möglicherweise benutzten sie auch Schreckschusswaffen. Es wurden Beschädigungen an

einer Mülltonne, einem Wasserrohr und einem Briefkasten festgestellt. Darüber hinaus zerstörten die Täter eine Glasscheibe an einem Vordach des Gebäudes. Die Holzbalken des Vordachs wurden zusätzlich durch Schnitte mit einem scharfen Gegenstand und durch Ausdrücken von Zigaretten beschädigt.

Schwung und Elan fördern

LEHRTE. Der LSV feiert in diesem Jahr seinen 150. Geburtstag, und die LSV-Abteilungen bieten den Lehrtern das ganze Jahr über besondere Angebote und Events. So lädt die Abteilung „Gymnastik & mehr“ zu einem Schnupperwochenende für Sonnabend und Sonntag, 27. und 28. Januar, von 10 bis 15 Uhr ein. Am Sonnabend können Fitball-Trommeln, Easy Step, Wir-

belsäulengymnastik sowie Bewegung und Tanz ausprobiert werden. Am Sonntag stehen Seniorenpower, Wirbelsäulengymnastik, Intensivgymnastik und Bodystyling auf dem Programm. Die Teilnahme-Kosten betragen fünf Euro pro Tag. Anmeldung: E-Mail gymnastik@lehrtersv.de oder Telefon 0160 97361113. Weitere Informationen unter www.lehrtersv.de/Aktuelles.

Simulatoren für den Zugverkehr

BBS Burgdorf bildet spezialisierte Ausbildung für Eisenbahner an und erhält dafür zwei neue Geräte

BURGDORF/REGION. Die Berufsbildende Schule (BBS) hat im vergangenen Jahr zwei neue Simulatoren erhalten – einen für Zug- und Rangierfahrten und einen für Vorgänge im Stellwerk. Sie kommen in der Ausbildung von angehenden Eisenbahnern zum Einsatz. Die BBS Burgdorf ist niedersachsenweit die einzige Schule, die diese spezialisierte Berufsqualifikation anbietet. „Das Besondere sind nicht nur die Simulatoren selbst, wobei auch die schon beeindruckend sind“, sagt Schulleiter Ulf Jürgensen und ergänzt: „Vielmehr können wir beide Simulatoren koppeln, was eine einzigartige Komplexität im Training ermöglicht!“

In die beiden Geräte hat die Region 260.000 Euro aus dem Digitalpakt investiert. Mit diesem Fördertopf wollen Bund und Länder die Digitalisierung an Schulen vorantreiben. Das Geld für die Eisenbahner-Ausbildung sei gut angelegt, betont Ulf-Birger Franz, Bildungs- und Verkehrsdezernent der Region Hannover. „Wir setzen in unserem Aktionsplan Verkehrswende mit Blick auf das Jahr 2035 auf zusätzliche Verkehre auf der Schiene. Diese Züge müssen von kompetentem Personal bedient werden“, betont er und fügt hinzu: „Wenn wir das hier vor Ort in der Region Hannover schaffen, dann hilft das gleich doppelt. Wir zeigen, dass wir ein großartiger Ausbildungsstandort sind und sichern gleichzeitig die personelle Versorgung des Schienenverkehrs in der Region.“



BBS-Schulleiter Ulf Jürgensen (von rechts), Bildungs- und Verkehrsdezernent Ulf-Birger Franz und Schuldezernent Michael Gaida lassen sich von dem Auszubildenden Jan Romkowski den Simulator zeigen.

Derzeit lernen an der BBS Burgdorf über alle drei Ausbildungsjahre hinweg insgesamt 260 angehende Eisenbahner – mit steigender Tendenz, wie der Schulleiter betont. Sie werden pro Jahrgang in fünf vergleichsweise kleinen Klassen mit unter 20 Schülern unterrichtet, sodass ein enges Betreuungsverhältnis gewährleistet ist. Für das Jahr 2024 plant die BBS Burgdorf zudem den Ausbau einer eisenbahntypischen Lernumgebung mit Signalen, Postern und realistischen Abbildungen. Es handelt sich um eine rein schulische Ausbildung; die Schüler lernen also nicht im Betrieb. Um trotzdem Praxisnähe

und Kontakte zu potenziellen Arbeitgebern zu ermöglichen, arbeitet die BBS mit mehreren Kooperationspartnern zusammen, insbesondere den unter-

schiedlichen Unternehmen der Deutschen Bahn wie der DB Netz, DB Regio und DB Cargo, aber auch mit den Verkehrsbetriebern Peine-Salgitter und mit

der Firma Schweerbau aus Stadthagen, die auf Gleisbau spezialisiert ist. Und auch die vier Fachlehrer sind nicht nur mit der Theorie, sondern auch mit der Praxis vertraut: Zwei sind Fahrdienstleiter und zwei Triebfahrzeugführer. Alle haben eine zusätzliche Funktionsausbildung bei der Deutschen Bahn absolviert.



Der Ausbilder Nico Fett (rechts) und der Auszubildende Justin Neupert (links) zeigen dem Bildungs- und Verkehrsdezernenten Ulf-Birger Franz den Stellwerk-Simulator. Fotos: Region Hannover/Borschel

Regionsgebäude sollen klimaneutral werden

Zum Konzept gehören auch neue Solaranlagen auf den Dächern

REGION. Die Region Hannover will ihre Gebäude bis 2035 klimaneutral machen. Eine Studie von siz energieplus, einem An-Institut der TU Braunschweig, hat der Region kürzlich bescheinigt, dass dieses Ziel erreichbar ist. Bei der Umsetzung haben zunächst die regionseigenen Berufs- und Förderschulen Priorität. „Der Berufsschulcampus am Waterloo und die Berufsbildenden Schulen Springe, Neustadt und Burgdorf sind zusammen für ein Drittel des Wärmebedarfs aller regionseigenen Gebäude verantwortlich und verbrauchen 40 Prozent des Stroms“, erläutert Gebäudedezernentin Cordula Drautz. Sie sollen deshalb als erstes mit Photovoltaik-Anlagen und regenerativer Wärme ausgerüstet werden. Zudem nimmt die Region große Dachflächen in den Fokus, die ohne vorherige Sanierung oder parallel zu ohnehin anstehenden Dachsanierungen mit PV-Anlagen belegt werden können. Das betrifft unter anderem die Handelslehranstalt der BBS Burgdorf,

die Selma-Lagerlöf-Schule, die Calenberger Schule sowie die Hartwig-Claußen- und Franz-Mersi-Schule. Währenddessen laufen die Vorbereitungen für die energetische Sanierung weiterer Förderschulen, Berufsbildender Schulen und anderer für die Klimaneutralität entscheidender Verwaltungsgebäude an. „An vielen Standorten sind bereits umfangreiche Sanierungen oder Neubauprojekte geplant. Wir beauftragen jetzt Machbarkeitsstudien und arbei-

ten daran, für jede Liegenschaft ein passendes Gesamtkonzept zu erstellen, das Aspekte des Klimaschutzes genauso berücksichtigt wie die Bedürfnisse der Nutzer“, sagt Drautz. Zeitpläne und Kostenannahmen für alle priorisierten Liegenschaften sollen bis Mai 2024 fertiggestellt werden. Anschließend stehen die politischen Beschlüsse zur Umsetzung an. Bereits seit mehreren Jahren treibt die Region Hannover den PV-Ausbau auf den Dächern der Verwaltungsgebäude voran. Für

Neubauvorhaben ist grundsätzlich die Errichtung von PV-Anlagen vorgesehen. Derzeit sind acht Anlagen mit einer Gesamtleistung von 412 kWp in Betrieb. Elf weitere Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1.362 kWp gehen voraussichtlich in den Jahren 2024 und 2025 ans Netz. Damit vervierfacht die Regionsverwaltung in den kommenden zwei Jahren ihre Produktion von Solarstrom. Bis 2035 soll die Leistung dann noch einmal verzehnfacht werden.

Warnung der Bundespolizei

Betreten der Bahnanlagen ist verboten – Verhaltensweisen können zu schweren Unfällen führen und stellen eine Straftat dar

REGION. Angesichts von sicherheitsgefährdenden Vorfällen auf Bahnanlagen warnt die Bundespolizeidirektion Hannover eindringlich vor dem verbotswidrigen Überschreiten von Gleisen sowie dem riskanten Verhalten, wie das Aufnehmen von Selfies im Gleisbereich. Diese Verhaltensweisen können nicht nur zu schweren Unfällen führen, sondern können unter Umständen auch eine Straftat (§ 315 StGB -

gefährlicher Eingriff in den Bahnverkehr) darstellen. Die Bahnanlagen und Bahnübergänge sind mit zahlreichen technischen Einrichtungen und Warnhinweisen ausgestattet, um den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Das unerlaubte Betreten der Gleise stellt nicht nur für die Personen selbst, sondern auch für die Sicherheit anderer Bahnreisender und den Zugverkehr eine erhebliche Bedrohung dar. Insbesondere

die hohe Spannung von 15.000 Volt in der Bahn-Oberleitung, birgt eine erhebliche Gefahr. Schon bei einem Abstand von bis zu 1,5 Metern kann der Strom wie ein Blitz auf den Menschen überspringen. Darüber hinaus ist das Aufnehmen von Selfies im Gleisbereich eine riskante Handlung, die nicht nur das Leben der Selfie-Macher gefährdet, sondern möglicherweise auch Zugverspätungen und -ausfälle

verursachen kann. Die Bundespolizei weist nachdrücklich darauf hin, dass das Betreten der Gleise und das Aufhalten im Gefahrenbereich verfolgt sowie zivilrechtliche Ansprüche zu Folge haben kann. Um die Sicherheit auf Bahnanlagen und Bahnübergängen zu gewährleisten, führt die Bundespolizei weiterhin Überwachungsmaßnahmen durch. Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen werden

konsequent geahndet, um derartige gefährliche Handlungen einzudämmen. Die Bundespolizei appelliert an alle Bürger, die Bestimmungen zum Schutz der eigenen Sicherheit und der Sicherheit anderer zu beachten. Die Einhaltung von Verbots- und Abstandsregeln auf Bahnanlagen ist unerlässlich, um Unfälle zu vermeiden und den reibungslosen Zugverkehr aufrechtzuerhalten.



STADT LEHRTE
Bekanntmachung

Festsetzung der Grundsteuer für das Jahr 2024

Die Hebesätze der Grundsteuer A und der Grundsteuer B für das Jahr 2024 betragen unverändert 500%. Gegenüber dem Kalenderjahr 2023 ist damit keine Änderung eingetreten, sodass auf die generelle Erteilung von Grundsteuerbescheiden für das Kalenderjahr 2024 verzichtet wird.

Für alle Steuerpflichtigen, bei denen sich die Grundsteuer-Bemessungsgrundlagen seit der letzten Festsetzung nicht geändert haben, wird die Grundsteuer für das Kalenderjahr 2024 durch diese Bekanntmachung in der zuletzt für das Kalenderjahr 2023 veranlagten Höhe fest-gesetzt, § 27 Abs. 3 Grundsteuergesetz. Die Grundsteuer 2024 wird mit den in den zuletzt erteilten Bescheiden festgesetzten Vierteljahresbeträgen jeweils am 15.02. / 15.05. / 15.08. / 15.11.2024 fällig. Für Steuerpflichtige, die von der Möglichkeit der Jahreszahlung Gebrauch gemacht haben, wird die Grundsteuer für das Kalenderjahr 2024 am 01.07.2024 fällig. Wurden bis zu dieser Bekanntmachung bereits Grundsteuerbescheide für das Kalenderjahr 2024 erteilt, so sind die darin festgesetzten Beträge zu entrichten. Ändern sich die Bemessungsgrundlagen, werden Änderungsbescheide erteilt.

Wirkung und Rechtsbehelf

Mit dem Tag dieser Bekanntmachung zur Festsetzung der Grundsteuer treten für die Steuerpflichtigen die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Bescheid zugewiesen wäre, § 27 Abs. 3 Satz 2 Grundsteuergesetz.


Gegen die Festsetzung der Grundsteuer 2024 kann innerhalb eines Monats ab dieser Bekanntmachung Klage beim Verwaltungsgericht Hannover, Leonhardtstr. 15, 30175 Hannover, schriftlich, zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder auf elektronischem Wege erhoben werden. Ein elektronisches Dokument muss den Anforderungen des § 55 a Verwaltungsgerichtsordnung entsprechen.

Sollten Unistimmigkeiten bestehen, wenden sich die steuerpflichtigen Personen bitte vor Erhebung einer Klage kurzfristig an den Fachdienst Finanzen und Liegenschaften der Stadt Lehrte zwecks Überprüfung bzw. Klarstellung des Sachverhalts. Die Klagefrist bleibt hiervon jedoch unberührt.

Hinweis: Diese Bekanntmachung ist auch auf der Homepage der Stadt Lehrte (www.lehrte.de) veröffentlicht.

Der Bürgermeister

Prüfe



STADT LEHRTE
Bekanntmachung

Am Donnerstag, den 11.01.2024, um 19:30 Uhr findet in der Pausenhalle in der Grundschule Ahlten, Im Wiesengrund 3, 31275 Lehrte Ahlten eine öffentliche Sitzung des Ortsrates Ahlten statt.

Es stehen u.a. folgende Punkte zur Beratung an:

Regionales Raumordnungsprogramm (RRÖP) Region Hannover 2016

5. Änderung des RRÖP 2016 für die Region Hannover - Neufestlegung der Windenergienutzung / Sachliches Teilprogramm Windenergie (3. Entwurf) - Stellungnahme der Stadt Lehrte zum 3. Entwurf

Vorlage: 179/2023

Satzung der Stadt Lehrte - Stellplatz- und Ab-lösersatzung über die einheitliche Regelung herzurichtender Kraftfahrzeugeinstellplätze

Vorlage: 180/2023

Bericht des Wirtschaftsförderers der Stadt Lehrte, Herrn Tobias Neumann

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung haben die Zuhörerinnen und Zuhörer Gelegenheit, Anfragen zu stellen und Anregungen zu geben. Die vollständige Tagesordnung hängt an der Bekanntmachungstafel im Bürgerbüro des Rathauses und in der Verwaltungsnebenstelle aus

Der Bürgermeister

Prüfe

Regionsversammlung beschließt Haushalt für 2024

Etat der Region 2024 beträgt 2,73 Milliarden Euro / Investitionen in Verkehr, Gesundheit und Schulen

REGION. Nach mehrstündiger Debatte und Abstimmungen zu fast 100 Begleitenträgen hat die Regionsversammlung in ihrer heutigen Sitzung den Haushalt für 2024 beschlossen. Die Regionsverwaltung plant für das kommende Jahr bei einem Budget von 2,73 Milliarden Euro mit einem Defizit von 33,1 Millionen Euro. Insgesamt sind Netto-Investitionen von 126,6 Millionen Euro geplant. Davon entfallen 37 Millionen Euro auf den Verkehrsbe-

reich, zehn Millionen auf die Kapitalzuführung ans Klinikum Region Hannover, zehn Millionen auf den Sozialbereich, zehn Millionen auf die Schulen sowie 22 Millionen auf die Krankenhausumlage, die die Region Hannover ans Land zahlt. Die Region werde auch in den nächsten Jahren zurückhaltend haushalten. „Wir dürfen dabei aber nicht die Infrastruktur für die Einwohner der Region kaputtsparen. Mit dem Ausbau von Stadtbahnhaltestellen,

Kreisstraßen und Fahrradwegen oder der Sanierung unserer Schul- und Verwaltungsgebäude schaffen wir langfristige Werte“, betont Regions-Finanzdezernentin Cordula Drautz. Aufgrund des Defizits musste die Region für 2024 allerdings erneut ein Haushaltssicherungskonzept erstellen. Dafür hat die Regionsversammlung ebenfalls grünes Licht gegeben. Der Schwerpunkt der Konsolidierung liegt auf Verbesserungen im Haushaltsvollzug. „Die ver-

gangenen beiden Jahre konnten wir durch sparsamen Umgang mit unseren Mitteln und zusätzliche Erträge mit deutlich besseren Ergebnissen abschließen als beim Haushaltsabschluss geplant. Das ist auch der Maßstab für die kommenden Jahre“, so die Finanzdezernentin. Allerdings profitierte die Region dabei auch von Sondereffekten wie höheren Schlüsselzuweisungen und höheren Regionalisierungsmitteln des Bundes für den Schienenpersonenverkehr.